

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

**Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen**  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (inkl. Post) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,50 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach: Dresden Nr. 18 690. Dresdener Verlagsgesellschaft / Expedition: Dresden-L. Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neu mal gefaltete Nonpareilzettel oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamenzettel anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zettelle 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Oberbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4 Jahrgang

Dresden, Montag den 17. Dezember 1928

Nummer 293

## Kriegsausbruch Bolivien-Paraguay

Riesige Giftgaslager in Köln / Sebering kündigt Ruhrschiedspruch für Freitag an / Beschluß des Reichskabinetts auf Abwürgung! / Kommunistische Abrechnung mit dem Beamtenbetrug im Reichstag

### 13000 Kilo Blaukreuz in Köln

Riesiges Giftgaslager bedroht die Stadt!

Köln, 17. Dezember. (Eigener Bericht.)

Trotz behördlicher Verhinderungsvorläufe ist es gelungen, ein riesiges Giftgaslager, das 13 000 Kilogramm des tödlichen Blaukreuzes enthält, aufzudecken. Bereits seit langer Zeit war die Bevölkerung in großer Unruhe, Gerüchte liefen um und verdichteten sich, bis jetzt die Behörde sich plötzlich erinnerte, daß beim Einzug der englischen Truppen 13 000 Kilo Blaukreuzgas auf der Wähler Heide oberflächlich verscharrt worden sind. Nunmehr lehnt man zwar eine Verletzung der Flächen im Meer ab, baut jedoch ein großes Eisenbetongrab, für dessen „Sicherheit“ die Militärbehörde sich verbürgt. Die Unruhe und Empörung der Bevölkerung ist naturgemäß gestiegen und läßt sich durch die Garantie-Schwügereien der Militärs nicht einfließen.

Die „Erinnerung“ an das Niesenlager von Giftgas nach zehn Jahren (!) zeugt von einer unerhörten Gleichgültigkeit der Behörden. Auch nicht das fürchtbare Giftgasunglück in Hamburg am 20. Mai d. J. konnte die Herren Militärs in Köln aus ihrer Seelenruhe aufwecken. Gleichzeitig ist diese Aufdeckung jedoch die Verstärkung der kommunistischen Anklage im Reichstag gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen in Deutschland und eine glänzende Rechtfertigung der Angriffe des Genossen Sebering gegen die Koalitionsregierung, die ebenso wie der Bürgerblock alle Rüstungen und Waffenslager best. verschleiert und ihren Ausbau fördert. Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang die Erwähnung der Tatsache, daß auf demselben Gelände sich die Gräber der ermordeten revolutionären Matrosen Koebes und Reichpietich befinden, und alle Versuche, diese Gräber der Kölner Bevölkerung zu erschlagen- und Erbauungs-zwecken dienstbar zu machen und die Gräber beider Opfer der Monarchie und des imperialistischen Krieges würdig zu schmücken,

an einem unbesiegbaren, geheimen Wälderband in Berlin geschützt

und diese Tatsache läßt mit Recht die Schlussfolgerung zu, daß die Behörde, der Reichsstaats, dem das Gelände gehört, und die interessierten Militärs ihre Vergeßlichkeit so organisiert haben, wie es ihnen in den Kram paßte. So brutal spielt der wundenhafte „republikanische“ Imperialismus mit dem Leben der Menschen einer ganzen Großstadt! Gerade in den Wochen der kritischen Weihnachtsstimmung, der Herrschaft der Phrasen vom „Frieden auf Erden“, sollte die Aufdeckung des Blaukreuz-Lagers eine ernste Mahnung an alle Gegner des imperialistischen Wälders werden sein, ihren Kampf gegen die kapitalistischen Kriegsvorbereitungen zu verstärken!

### Die ersten blutigen Kämpfe

Neuquén, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach südamerikanischen Zeitungsmeldungen haben zwischen bolivianischen und paraguayischen Truppen blutige Kämpfe stattgefunden. Die bolivianischen Truppen haben die Forts Boqueron und Rojas-Silva besetzt. Selbst Flugzeuge bombardieren die Stellung der Paraguayer am Ufer des Pilcomayo.

Der Präsident von Bolivien erschien zunächst in einer Konferenz und später vor einer 30 000 Köpfigen Menge, um unter dem Jubel der Bevölkerung Mitteilung von dem Sieg zu machen. Bolivien hat, so erklärte der Präsident, dem Völkerverbund mitgeteilt, daß es Genugtuung verlangen könne und militärische Maßnahmen ergreifen müsse. Paraguay habe Truppen an vielen vorgehobenen Posten zusammengezogen und neue Zusammenstöße heraufbeschworen.

Eine amtliche Mitteilung aus Bolivien betont, daß die Regierung einer Wiederholung von Zusammenstößen vorbeugen werde. Die Befürchtungen Bolivians hätten sich verwirklicht. Die bolivianische Bevölkerung sei kriegerisegigert. Die Studentenverbindungen verlangen ihre sofortige Einstellung in die Armee.

London, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach einer Mitteilung des bolivianischen Kriegsministeriums hat an der Grenze ein blutiges Gefecht stattgefunden, über dessen Verlauf aber noch keine Einzelheiten bekannt sind.

Genf, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Gebiet, um das zwischen Paraguay und Bolivien der Krieg ausgebrochen ist, sind gleichfalls Nachbarländer von Argentinien und Brasilien. Es besteht die Möglichkeit von Auswirkungen des Konflikts auf Argentinien und Brasilien. Wenn sich die militärischen Aktionen fortsetzen, wird wahrscheinlich die brasilianische Regierung sich zu einem Eingreifen gezwungen sehen.

### Mobilisierung in Paraguay

London, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Regierung Paraguays hat am Sonntag einen Erlass veröffentlicht, durch den die Mobilisierung von 10 Jahrgängen, die die Altersklassen von 18 bis 28 Jahre umfassen, angeordnet wird.

### Johann Gauder erklärt Brasiliens Krieg

Paris, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie aus Athen gemeldet wird, sind dort Berichte aus Rio de Janeiro eingetroffen, wonach die unter dem Vorh. des Königs von Schweden, Johann Gauder, versammelten Staatsoberhäupter des Königreichs Brasilien auf dem Boden dieser beiden Staaten niedergewacht worden seien. Die Regierung des Bienen hat bereits mehrere Klassen unter die Fahne gerufen.

## Die Vorbereitung eines neuen Manövers

Rudolf Renner, M. d. L.

### Vor dem Landesparteitag der SPD

Die Sozialdemokratische Partei beruft für Mitte Januar einen Landesparteitag nach Leipzig ein. Als erster Punkt der Tagesordnung ist ein Referat des Herrn Edel über „Die Auswirkungen der Reichspolitik auf die Landespolitik in Sachsen“ angesetzt. Nach dem bisherigen Verhalten der SPD-Führer in Sachsen, insbesondere nach dem Verhalten des Herrn Edel ist es nicht schwer zu erraten, welche Linie er in Leipzig steuern wird. Der Zweck dieses Referats ist es, den sächsischen Arbeitern vorzutäuschen, daß die Politik der Edel und Genossen doch eine andere sei als die des Reichsparteivorstandes und der Reichsminister. Immer neu soll den Arbeitern der Gedanke eingebläut werden, als wären die heißen Sachsen die Politik

der SPD dennoch einmal ändern. Die Taktik des Mitschleppens auf die Reichspolitik, drapiert mit radikalen Phrasen, wird im vollsten Umfange beibehalten werden. Deswegen werden wir sicherlich einige Worte der Kritik an der Politik der SPD-Minister hören. Wir werden aber auch gleichzeitig zu hören bekommen, daß die Minister eben ein schweres Erbe angetreten und vom Bürgerblock schlechte Gelegenheiten übernommen haben. Auf diese Melodie ist nun so langsam die Vertretung der gesamten SPD-Politik vor den Arbeitern abgestimmt. Mit der Redensart, der Bau des Panzerkreuzers sei schon von der vorherigen Regierung beschlossen, noch früheren Reichstag genehmigt, bewilligt und verteidigt, die SPD-Minister den Panzerkreuzerbau. Das Manöver, das die sächsischen SPD-Führer durchführten, um vor den Arbeitern die offen imperialistisch-militaristische Kriegsvorbereitungspolitik der SPD zu verbergen, ist genügend bekannt und besprochen worden, als daß man darauf nochmals besonders eingehen müßte. Der Panzerkreuzer wird gebaut, die SPD hat nichts Ernsthaftes getan, dies zu verhindern, und die Arbeiter begreifen heute schon immer mehr, daß die SPD-Regierungspolitik im vollsten Umfange die Fortsetzung einer verächtlichen Bürgerblockpolitik ist.

Inzwischen hat die Abwürgung des Ruhrkampfes durch Sebering erneut und in verstärkter Weise gezeigt, wie die SPD-Minister für die Kapitalisten arbeiten. Die Empörung in der Arbeiterschaft über diesen Schandstreich Seberings ist noch sehr groß. Auch hier versuchen die Vinken ein Ablenkungsmanöver. Wir dürfen das den sächsischen Führern nicht einfach weiter gestatten. Die Aufklärung der breitesten Arbeitermassen über diese Haltung der SPD-Minister muß unsere Aufgabe bleiben, sie muß verstärkt durchgeführt werden.

Mit Hilfe der SPD-Minister, d. h. praktisch unter Ausnutzung des SPD-Einflusses innerhalb der Arbeiterschaft soll jetzt auch im Reich die innerpolitische Plattform für die Vorbereitung des imperialistischen Krieges geschaffen werden. Der Berliner Polizeipräsident Jürgel übernimmt die Vollenbung des von Reubell angefangenen Angriffes. Die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, die Drohung mit dem Verbot des RFB sind für die gesamte Arbeiterschaft Signale, Ereignisse, denen sie ihre erhöhte Aufmerksamkeit widmen muß. Sie zeigen aber wieder vor den breitesten Massen die tonterrevolutionäre Rolle der SPD. Hinzu kommt noch die Attacke gegen die kommunistische Fraktion der Hamburger Bürgerwehr, das Hinauswerfen der gesamten Fraktion mit Polizeigewalt und ihr Ausschluß aus dem Parlament. Auch hier ist ein Sozialdemokrat der Treiber und Vollstrecker dieser Maßnahmen. Der Angriff auf die bisher noch bestehenden, so wie schon sprüchlichen Reste sogenannter parlamentarischer Im-

## Abwürgung aller Lohnkämpfe

Beschluß der Koalitionsregierung

Wie das MIB meldet, wurde in einer Aussprache des Ministerrates über die Wirtschaftslage am Freitag beschlossen, nach der Wiederherstellung des Arbeitsfriedens im Bezirk Nordwest, die beiden das Wirtschaftsleben zurzeit sehr beeinträchtigenden großen Lohnkonflikte in der Textilindustrie und in der sächsischen Textilindustrie unverzüglich zur Lösung zu bringen. Der Reichsarbeitsminister war in der Lage, mitzuteilen, daß er entsprechende Maßnahmen eingeleitet habe und alsbald durchführen werde.

Im Verfolg dieses Beschlusses des Kabinetts, der darauf hinausläuft, alle Lohnkämpfe rückstuflos abzuwürgen, ist ja bekanntlich der Schiedspruch für die westfälische Textilindustrie für verbindlich erklärt worden. Inzwischen wird nun gemeldet, daß auch der Lohnkampf der Westfälischer Arbeiter in der gleichen Weise wie der Ruhrkampf abgemüht werden soll. Wisseil hat wie heute morgen die MIB meldet, ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet. Zum Schlichter ist Ministerialrat Dr. Graubein bestimmt worden. Die Verhandlungen sollen Anfang nächster Woche beginnen.

Dieser Beschluß des Kabinetts und seine Durchführung durch den sozialdemokratischen Arbeitsminister Wisseil beweist, daß dieses Kabinett der Köpfe nichts weiter ist als

das Vollzugsorgan der Schwerindustrie, die mit der Autorität sozialdemokratischer Minister die Arbeiter am besten niederknüppelt. Die sofortige Abbrockung der Lohnkämpfe durch die sozialdemokratischen Minister und Gewerkschaftsführer dient vor allem aber dem Zweck, die letzten Hindernisse für die Umbildung der Regierung, die ja nach den Weihnachtsfeiertagen auf der Tagesordnung steht, beiseite zu räumen. Den Koalitionsinteressen der SPD sollen also die um Lohn und Brot kämpfenden Arbeiter geopfert werden.

### Freitag

### Schiedspruch im Ruhrkonflikt

Berlin, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Reichsinnenminister Sebering ist am Sonntag wieder aus dem Ruhrgebiet in Berlin eingetroffen, nachdem er seine Besprechungen mit den Vertretern der Ruhrindustrie und mit den Gewerkschaften abgeschlossen hat. Er will nunmehr die Denkschriften, die ihm über die wirtschaftliche Lage der Eisen- und Stahlindustrie überreicht worden sind, nochmals durcharbeiten, und wird sich am Donnerstag nach Dortmund begeben, wo er am Freitag den Schiedspruch verkünden will.